

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 1

Artikel: Keine Schonzeit für Bill Clinton : zum Regierungswechsel in den USA
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092667>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Regierungswechsel in den USA

Keine Schonzeit für Bill Clinton

Welche Änderungen der Machtwechsel im Weissen Haus bringt, ist nicht bloss eine innere Angelegenheit der USA. Der akzeptierte Machtanspruch auf die Führungsrolle in der westlichen Welt verpflichtet die amerikanische Regierung unabhängig von ihrer politischen Couleure, auch die Interessen ihrer Verbündeten und Wirtschaftspartner weitgehend zu berücksichtigen, wenn es um die Belange der US-Bürger des eigenen Landes geht. Und seit dem Zusammenbruch des Kommunismus muss die USA als Supermacht auch dafür Sorge tragen, dass dort das wirtschaftliche Elend nicht zur Entstehung neuer militanter Diktaturen führt und dass das Selbstbestimmungsrecht der kleinen, bislang unterdrückten Völker akzeptiert wird.

Wenn der neue US-Präsident, Bill Clinton, am 20. Januar sein Amt antritt, wird er auf seinem neuen Schreibtisch im Oval Office unter den unaufschiebbaren Aufgaben gewiss wesentlich mehr aussenpolitische als innere Angelegenheiten vorfinden. Ohne die Beteiligung Washingtons läuft heute nichts in der durch die rasanten verkehrstechnischen Entwicklungen klein gewordenen Welt, sei es Nah- oder Fernost, Lateinamerika oder Afrika, aber gar nichts im alten Europa. Daher erscheint es ziemlich illusorisch, dass Clinton sich zuerst auf die Lösung der innen- und wirtschaftspolitischen Probleme der USA konzentrieren will, wie er dies während seiner Wahlkampagne versprochen hat. Zurzeit ist die internationale Politik mit so viel unvorhersehbaren Entwicklungen belastet — und es wird voraussichtlich noch lange so bleiben —, dass für Clinton recht wenig Zeit bleibt, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, bevor er sich den von aussen gekommenen Herausforderungen stellt.

Klares Konzept nötig

Hätte der neue Präsident nicht mit dieser Prioritätenstellung die Wahlen gewonnen, wäre die Frage gar nicht relevant. Man fragt sich eben deshalb, ob der bisherige Gouverneur des US-Staates Arkansas den enorm breiten aussenpolitischen



Bill Clinton mit seiner Familie beim Wahlsieg (Foto: Keystone).

Aufgabenkomplex eines amerikanischen Präsidenten in so kurzer Zeit zu überblicken vermochte. Erst im Sommer wurde er ja von den Demokraten zum Präsidentschaftskandidaten gekürt. Nur mit seiner Unerfahrenheit ist es zu erklären, dass er in der Aussenpolitik die Kontinuität wahren will, das heisst die Fortsetzung des Kurses von George Bush. Dabei stört allerdings, dass der Inhalt der Aussenpolitik seines Vorgängers mittlerweile sehr dünn geworden ist — und das in einer Reihe von wesentlichen Fragen.

Bush hatte leider kein Konzept mehr, wie man die nach dem Zerfall der Sowjetunion zwischen den GUS-Staaten aufbrechenden Konflikte entschärfen könnte, zumal es für Washington keineswegs gleichgültig sein dürfte, was mit den vielen Tausenden von strategischen und taktischen Atomwaffen geschieht, die sich, gut verteilt, nach wie vor im

Besitz der GUS-Staaten befinden. Auch mit dem Jugoslawien-Konflikt wollte Bush nichts zu tun haben, obwohl sich aus dem Bürgerkrieg sehr schnell ein grosser Balkankrieg entwickeln kann. Moskaus ehemalige Satelliten in Osteuropa fühlen sich von Amerika (wie auch von Westeuropa) im Stich gelassen, weil diese ohne tatkräftige Unterstützung den Weg in die Marktwirtschaft und die Demokratie nur sehr schwer finden und von einer Krise in die andere stolpern.

Die Chancen, die sich aus dem Auszug Moskaus aus dem Nahostkonflikt ergaben, wusste Washington bislang nicht zu nutzen. Trotz des schnell gewonnenen Golfkrieges blieb der Irak ein Krisenherd. Und auch gegen die neue Gefahr, den vom Iran exportierten militanten islamischen Fundamentalismus, der die Position Moskaus im arabischen Raum besetzen will und gegen Israel

und den Westen hetzt, hatte die Bush-Regierung kein wirksames Rezept.

Diese vier Krisenregionen wird Clinton wahrscheinlich nicht lange mit «Kontinuität» behandeln. Je später das Krisenmanagement begonnen wird, um so teurer wird die Rechnung, die schliesslich doch die USA und ihre Verbündeten bezahlen müssen.

Moskau und Peking

Unter den spärlichen Äusserungen, die Clinton zu seinen aussenpolitischen Plänen gemacht hat, fiel auf, dass er Förderung der Demokratie und der Menschenrechte in Beziehung zu anderen Staaten als Grundprinzip anwenden wolle. Dieser Ansatz ruft den erfolglosen Jimmy Carter in Erinnerung, der mit dieser «Ideologie» den USA schon etliche

Schäden zufügte, es genügt, hier nur auf eine Gefahr hinzuweisen:

Sollte Clinton in der Relation zu Peking die Menschenrechtsfrage mehr forcieren, als es Chinas Führer genehm ist, so könnte er nicht nur einen grossen und wachsenden Markt für US-Produkte schnell verlieren, sondern neue politische Probleme vor allem in Asien bekommen, wo der chinesische Einfluss ziemlich stark ist. Aber unabhängig davon fällt es hier schwer, die Experimente mit den Reformen des Kommunismus in der ehemaligen Sowjetunion und in China in ihren Auswirkungen nicht zu vergleichen.

Nachdem die beiden kommunistischen Riesen einsahen, dass ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme jenem kapitalistischen Zuschnitts hoffnungslos unterlegen waren, entschlossen sie sich zu Reformen. Der chinesische Plan, der 1978 unter Deng begann, plädierte für eine wirtschaftliche Wende, einen stufenweisen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und gleichzeitiger Drosselung des Dranges zu den vom Volk gewünschten politischen Reformen (Demokratie).

Moskau schlug den anderen Weg ein. Gorbatschow wollte die Sowjetunion zuerst politisch umkrempeln, ohne dabei ein klares wirtschaftliches Konzept zu haben — ein Konzept, das die Lebensverhältnisse der Bevölkerung sofort verbessert hätte, wie es in China tatsächlich geschah. Das Resultat war verheerend. Statt einer überwältigenden Freude an den zurückgewonnenen politischen Freiheiten brachen die im Kommunismus unterdrückten Gegensätze der Nationalitäten im Vielvölkerstaat mit so elementarer Kraft aus, dass es nach sechs Jahren «Glasnost» und «Perestrojka» zum Zerfall der Sowjetunion und zum politischen und wirtschaftlichen Chaos in allen Nachfolgestaaten führte.

Pragmatismus gefragt

Der Vergleich muss auch Clinton nachdenklich stimmen. Die Abkehr vom Kommunismus in Vielvölkerstaaten (siehe auch Jugoslawien)

setzt äusserst explosive politische Kräfte frei und fordert nun wesentlich mehr Opfer als die blutige Niederschlagung der Studentenrevolte vom 4. Juni 1989 in Peking. Wäre China den sowjetischen Reformweg gegangen, so hätte auch dieser Vielvölkerstaat (30 Provinzen mit 40 Sprachen) den Zerfall und das Chaos kaum vermeiden können, und die westliche Welt hätte jetzt noch einen grossen Krisenherd mehr mit unvorhersehbarer Zukunft. Für die amerikanische Aussenpolitik ist also mehr Pragmatismus gegenüber anderen Staaten geboten. Keine Supermacht darf ihr eigenes politisches System anderen Ländern aufzwingen, insbesondere dann nicht, wenn die betroffenen sich in einer niedrigeren Entwicklungsphase befinden.

Insofern hat Präsident Clinton völlig recht, wenn er behauptet, die USA würden ihren Supermachtstatus verlieren, falls sich ihre Wirtschaft nicht stärke. Er betonte, dass ihn sein Vorhaben, Amerikas Status als stärkste Wirtschaftsmacht zu sichern, zu seiner Kandidatur bewogen habe. Zur Frage, wie er dieses Ziel erreichen wollte, waren seine Vorstellungen allerdings nicht so überzeugend.

Teure Wirtschaftspolitik Clintons

Zu seiner These, das marktwirtschaftliche Wachstum sei eine Grundvoraussetzung des sozialen Fortschritts: so weit so gut. Aber das gewünschte Wachstum will er durch eine Reihe staatlicher Investitionsprogramme zur Verbesserung der Ausbildung und der Infrastruktur stimulieren. Andererseits hat Clinton die Senkung des Defizits des Staatshaushalts (fast 300 Milliarden Dollar im abgelaufenen Jahr) und die Eindämmung der enorm hohen Staatsverschuldung (über 4000 Milliarden Dollar) zum Eckpfeiler seiner Wirtschaftspolitik erklärt.

Der Widerspruch ist hier offensichtlich. Wie kann man ehrgeizige staatliche Investitions- und Reformprogramme (Gesundheitsfürsorge beispielsweise) finanzieren und zugleich das drückende Budgetdefizit reduzieren? Es gibt für ihn nur zwei Möglichkeiten: die Militärausgaben zu

senken und die Steuern zu erhöhen. Zwar kann der neue Präsident durch Truppenreduzierung beispielsweise in Europa beträchtliche Summen sparen, doch dieses Geld will er zur Erhöhung des technologischen Standards der US-Armee umgruppieren, was er wegen der Beibehaltung der Supermacht-Rolle der USA für unbedingt notwendig hält. Zur Steuererhöhung kann Clinton nicht greifen, zumal diese wachstumshemmend wirken würde. Andererseits hat er während seiner Wahlkampagne allen Schichten der Bevölkerung Einkommensverbesserungen versprochen.

Zu echtem und stetigem Wachstum braucht die US-Wirtschaft in erster Linie Erschliessung neuer ausländischer Märkte und eine Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung im eigenen Lande. Dies bedingt in dem harten internationalen Konkurrenzkampf billigere US-Waren mit höhe-

rer Qualität als die europäischen und japanischen Produkte. Das ist nicht unerreichbar, wenn die Vereinigten Staaten in den wichtigsten Bereichen der industriellen Forschung (Mikroelektronik) eine Spitzenposition erreichen beziehungsweise behalten. Bei der militärischen Forschung klappte es, weil der Staat alles finanzierte und dessen Nutzniesser schliesslich die zivile Industrie war. Staatliche Forschungsförderung lohnt sich auch in «Friedenszeiten», wenn man die heutige so nennen darf. Das alles kostet aber sehr viel Geld, das die private Wirtschaft nicht aufbringen kann.

In der heutigen ziemlich stark aufgewühlten Welt bleibt für Bill Clinton vermutlich nicht viel Zeit, darüber nachzudenken, wie sich die Wirtschaft der Vereinigten Staaten umkrempeln liesse. *Joseph Pozsgai*



Die Clintons freuen sich (Foto: Keystone).